



AUS DEM LANDTAG: SITZUNG VOM 13. FEBRUAR 2007

Kindergeldkürzung und Landtag sagt Nein!

Lkw-Abgase

Beim Feinstaub wird viel auf den Autos herumgehackt. Keine Frage – sie tragen viel zum Problem bei. Aber mindestens gleich groß ist der Anteil der Lkw beim Feinstaub-Problem. Die KPÖ stellte im Landtag einen Antrag nach Maßnahmen, welche die vom Lkw-Verkehr verursachte Feinstaubbelastung verringern sollen. Der wurde jedoch von SPÖ und ÖVP abgelehnt. „Die Autofahrer werden geärgert, die Lkw-Lobby bleibt ungeschoren“, ärgert sich KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher.

Geheime Förderungen

Öffentliche Förderungen dürfen nicht geheim sein. Eine Kontrolle samt einem regelmäßigen, öffentlich zugänglichen Förderbericht, in dem genau steht, wer was wofür bekommen hat, ist unerlässlich. Ernest Kaltenecker (KPÖ): „Wer öffentliches Geld in Anspruch nimmt, muss auch bereit sein, sich nennen zu lassen.“ Ein entsprechender Entschließungsantrag der KPÖ wurde aber von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Einbett-Zuschlag

Ein großes Problem bei kleinen Pensionen ist der Einbettzimmer-Zuschlag in Pflegeheimen. Derzeit können bis zu 180 Euro im Monat Einbettzimmer-Zuschlag verlangt werden. Die ärmeren Gepflegten müssen dafür einen Großteil ihres Taschengeldes hergeben. Die KPÖ stellte den Antrag, für kleine Pensionen den Einbettzimmerzuschlag zu streichen, für etwas höhere Pensionen eine soziale Staffelung einzuführen. Auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Geht es nach den Vorstellungen der ÖVP, werden an der FH Joanneum die jüngst abgeschafften Studiengebühren wieder eingeführt und soll werdenden Müttern, so sie das Rauchen nicht aufgeben, das Kindergeld gekürzt werden. KPÖ, Grüne und SPÖ haben im Landtag diesen Bestrebungen eine Absage erteilt!

Johann Bacher (ÖVP) brachte die Vorschläge auf den Punkt: „Wenn sich jemand um das Neugeborene nicht kümmert, soll das Kindergeld gekürzt werden können!“ KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler begrüßte ausdrücklich den von der Volkspartei vorgeschlagenen Ausbau der Beratung. Eine Kindergeldkürzung lehnt sie ab. Klimt-Weithaler: „Damit würde man in erster Linie dem Kind schaden, für seine Entwicklung ist das Geld schließlich da!“ Auch Ingrid Lechner-Sonnek (Grüne) will von einer möglichen Kürzung nichts wissen. Schließlich sei der Schutz des Kindes vor jeder Art von Drogen auch Sache des Vaters.

Ebenso baden ging die ÖVP mit ihrem Antrag, die vor kurzem abgeschafften Studiengebühren an der Fachhochschule Joanneum wieder einzuführen. Mit den damit frei werdenden Mitteln, ca. zwei Millionen Euro, will die ÖVP das letzte Kindergartenjahr für alle Familien gratis anbieten bzw. die Erhöhung der Musikschulbeiträge wieder zurücknehmen. Ernst Gödl (ÖVP) kritisierte die, seiner Meinung nach, bestehende Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Steiermark bezüglich Studiengebühren. An sechs Hochschulen müsse man Studiengebühren zahlen, an der FH Joanneum nicht. Für die KPÖ ist Bildung keine Ware, sondern ein Grundrecht.

Klimt-Weithaler: „Das Recht auf Bildung ernst nehmen, heißt den freien Zugang zur Bildung aufrechterhalten!“ Die KPÖ wendet sich dagegen, Studierende gegen Familien mit Kindergartenkindern auszuspielen.

Verschlechterungen für Landesbedienstete

Mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ wurde eine Novelle des Dienst- und Besoldungsrechtes für Landesbedienstete beschlossen. KPÖ und Grüne stimmten dagegen. So müssen Bedienstete, wenn sie innerhalb von drei Jahren nach Ausbildung den Dienstgeber wechseln, nun die Ausbildungskosten zurückzahlen. Außerdem soll beim Fahrtkostenersatz gespart werden.

Sparen beim Fuhrpark

KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker wandte sich vehement gegen diese Verschlechterungen. „Gespart wird immer unten. Besser wäre es, beim Fuhrpark der Landesregierung zu sparen!“ Für die ÖVP verteidigte Klubobmann Christopher Drexler die Maßnahme. Alles sei ohnehin mit der Personalvertretung abgesprochen. Drexler warf dem KPÖ-Klubobmann „billigen Populismus“ vor. Gegen die Stimmen von KPÖ und Grünen wurde das steirische Elektrizitätswirtschafts- und organisationsge-



setz geändert. Die Änderung wurde durch EU-Richtlinien notwendig. Renate Pacher (KPÖ): „Für die von der EU geforderte Liberalisierung der Strommärkte ist ein Regelwerk notwendig.“ Pacher erinnerte daran, was im Zuge der Liberalisierung den Menschen nicht alles versprochen worden sei. Tatsächlich sei der Strompreis für Haushalte seit 2000 um 15 Prozent gestiegen. „Die Haushalte subventionieren den Billigstrom für die Industrie.“ Eine dringliche Anfrage der ÖVP an Landeshauptmann Voves bezüglich des eben erst abgehaltenen Infrastrukturgipfels in Graz führte zu einem belanglosen Schaukampf zwischen SPÖ und ÖVP. Ernest Kaltenecker (KPÖ) nannte das Ganze „einen Jahrmarkt der Eitelkeiten“, Lechner-Sonnek (Grüne) sprach von einer „peinlichen Debatte“.